

## **Von den Deutschen an der Wolga zu den Wolgadeutschen: Entstehung und Ende eines eigenständigen russländischen Volkes 1764-1941**

Sehr geehrte Damen und Herren,

es freut mich sehr, hier in diesem Haus zu Ihnen sprechen zu dürfen. Dafür gebührt vor allem der Deutschen Gesellschaft und hier den Herren Dr. Apelt und Jan Roessel ein besonderer Dank, dass sie seinerzeit meinen Vorschlag unterstützt und nun diese Konferenz der wolgadeutschen Thematik gewidmet haben.

Ich möchte meinen Vortrag mit einem Zitat beginnen, das aus den Federn eines der bekanntesten und markantesten wolgadeutschen Persönlichkeiten stammt: des Literaten, Heimatkundlers und Lehrers Peter Sinner, der in den 1930er Jahren im Gulag verschwand, ein leider typischer Endpunkt im Lebenslauf vieler wolgadeutscher Intellektueller im 20. Jahrhundert. Der Leitartikel „Unser Jubiläum“ erschien am 29. Juni 1914 in der Saratower „Volkszeitung“:

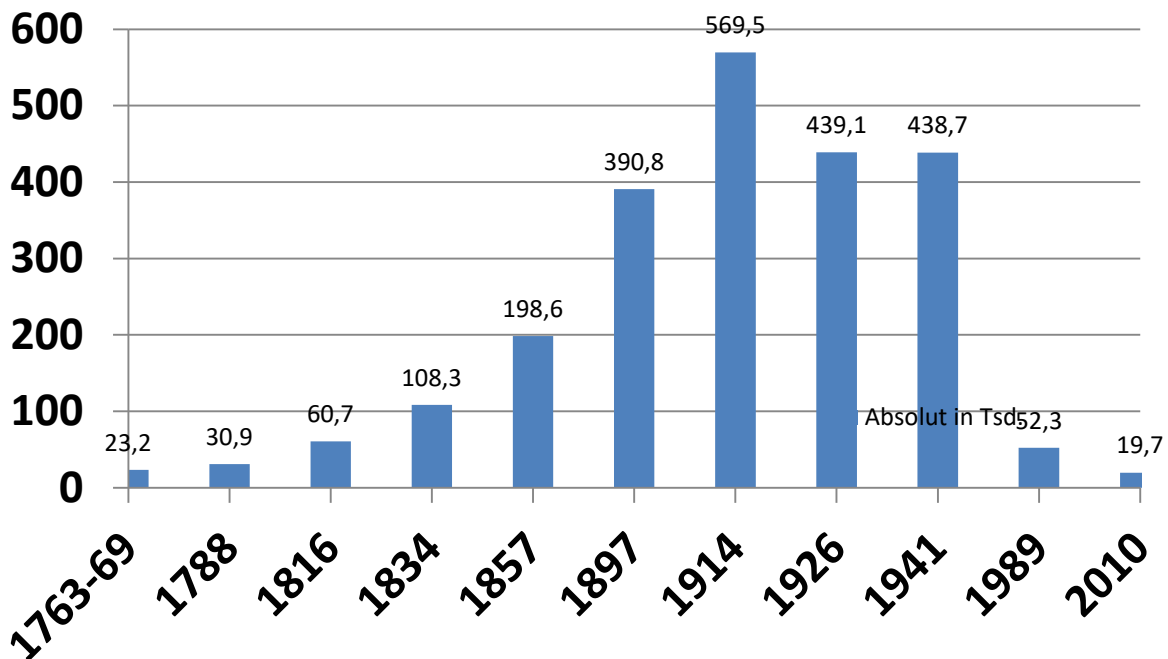
*Der heutige Tag ist für uns Wolgadeutsche ein denkwürdiger Tag. Heute vor 150 Jahren kam der erste Zug ausländischer Kolonisten, von Saratow her das rechte Wolgaufer herab, bei der Mündung des Flüsschens Dobrinka an und gründete daselbst – am 29. Juni 1764 – die erste Wolgakolonie Moninger, heute Nishnjaja Dobrinka genannt.*

Was sagt uns dieses Zitat? Es handelt sich einerseits um eine im Entstehen begriffene ethno-regionale Identität (Wolgadeutsche), die in Abgrenzung zu den Deutschen im Allgemeinen, v.a. zu den Reichsdeutschen und zum anderen zu den sonstigen Gruppen der deutschen Bevölkerung im Russischen Reich (Wolhynien-, Schwarzmeer-, Kaukasus- u.a. Deutschen, aber auch zu den Deutschbalten) steht. Andererseits zeigt sich hier ein ausgeprägtes historisches Bewusstsein: Man erinnert sich seiner Vergangenheit und erkennt die Bedeutung des Initialereignisses für die nationale Geschichte. Nicht zuletzt findet hier bezeichnenderweise eine Art von Geschichtsverklärung statt, wie es oft bei der Bildung neuer Nationen der Fall ist. Aus den Akten wissen wir, dass das Ansiedlungswerk an der Wolga im Rahmen einer planmäßigen staatlichen Kolonisation verlief, dass Topografen und Landvermesser an diesem und an anderen Tagen Ortschaften für die „ausländischen Kolonisten“ anlegten – letztere hatten bei der Wahl der Niederlassung überhaupt nichts zu melden.

### **Von der Einwanderung bis zum Ersten Weltkrieg**

Beleuchten wir nun kurz die geschichtlichen Ereignisse bis zum Ersten Weltkrieg. Seit dem Berufungsmanifest der Kaiserin Katharina II. vom Juli 1763 und bis 1772 kamen in der Gegend um die Stadt Saratow an der Wolga um die 23 000 zumeist deutsche Einwanderer an, die in 104 Kolonien angesiedelt wurden. Seither gab es hier keine nennenswerte Zuwanderung von Ausländern.

Die Siedler zeichneten sich durch einen fast einmaligen Bevölkerungswachstum aus: 150 Jahre später bevölkerten hier ca. 570 000 Deutsche, mehrheitlich Bauern, eine Fläche von etwa 20 000 km<sup>2</sup>, so groß wie das Land Rheinland-Pfalz.



*Tabelle 1: Demographische Dynamik der wolgadeutschen Bevölkerung*

Nur etwa 19 000 oder etwas mehr als 3 Prozent davon lebten in Städten wie Saratow, Kamyschin, Samara, Zarizyn, dem späteren Stalingrad bzw. Wolgograd u.a. Dabei ist noch nicht mitberücksichtigt, dass in dieser Zeit bis zu 300.000 deutsche Siedler nach Nordkaukasus, Sibirien und in die kasachische Steppe oder nach Süd- und Nordamerika auswanderten.

Die angeworbenen Kolonisten wurden gesondert von den örtlichen, zumeist orthodoxen Bauern angesiedelt, in einen eigens für sie geschaffenen Stand erhoben und bis 1871 einer staatlichen Sonderbehörde (Fürsorgekomitee) mit Deutsch als Amtssprache unterstellt. Es dauerte Jahrzehnte, bis sich die Einwanderer aus Zentraleuropa an die ungewöhnlichen klimatischen und Bodenbedingungen in ihren neuen Wohnorten angepasst haben und eine den gegebenen Umständen angemessene Wirtschaftsweise entstanden ist. An der Wolga erwartete sie eine fast baumlose Steppe und ein ausgesprochen kontinentales Klima mit extremen Temperaturschwankungen (zwischen +42,3° und -40,2°) und geringen Niederschlägen.

Unter solchen im Vergleich zur alten Heimat Deutschland völlig anderen politischen, sozialen, kulturellen, geografischen und klimatischen Bedingungen begann sich allmählich ein neues nationales Selbstverständnis herauszubilden:



*Eine typische Steppenlandschaft im Unteren Wolgagebiet, 2003*

Man verstand sich zunächst als

- **„saratowsche ausländische deutsche Ansiedler“** (so stand es auf dem Postament des Denkmals der Zarin in Katharinenstadt eingraviert auf Russisch und Deutsch: „Kaiserin Katharina II. aus Dankbarkeit von den saratowschen ausländischen deutschen Ansiedlern, den 24. November 1848.“)
- später dann als **„Deutsche an der Wolga“** oder **„deutsche Wolgakolonisten“** und, schließlich
- als **Wolgadeutsche**. Diese Selbstbezeichnung tauchte erst kurz vor dem Ersten Weltkrieg auf, im Vorfeld des 150. Ansiedlungsjubiläums.

1871 kam es zur Aufhebung der staatlichen Sonderverwaltung für die ausländischen Kolonisten und zu ihrer Eingliederung in die allgemeine Verwaltung. Von nun an hießen sie offiziell **Siedler-Eigentümer (ehem. Kolonisten)**, aber diese Bezeichnung hat man untereinander kaum verwendet. Die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht drei Jahre später löste eine erste Auswanderungswelle nach Nord- und Südamerika aus.

Mit der alten deutschen Heimat hatten die Siedler-Kolonisten kaum Kontakte; wenn sie aus wirtschaftlichen, politischen oder konfessionellen Gründen auszuwandern vorhatten, dann v.a. nach Nord- und teilweise nach Südamerika, wo sie billig Land kaufen und somit ihre traditionelle Wirtschafts- und Lebensweise behalten und weiterpflegen konnten.

Das Siedlungsgebiet der Wolgadeutschen entwickelte sich im Laufe der Zeit zu einer der wichtigen getreideproduzierenden und -verarbeitenden (Mühlenindustrie) Regionen im Russischen Reich mit einer wachsenden Textilindustrie, etwa der Produktion von Sarpinka (Erzeugung eines Baumwollstoffes mit Beimischung von Seide und Leinen). Solche Ortschaften wie Balzer, Seemann, Grimm oder Katharinenstadt trugen immer mehr städteähnliche Züge mit Apotheken, Buchläden, Gymnasien, Bankfilialen, Handelshäusern, prächtigen katholischen und lutherischen Kirchen aus gebranntem Ziegel.



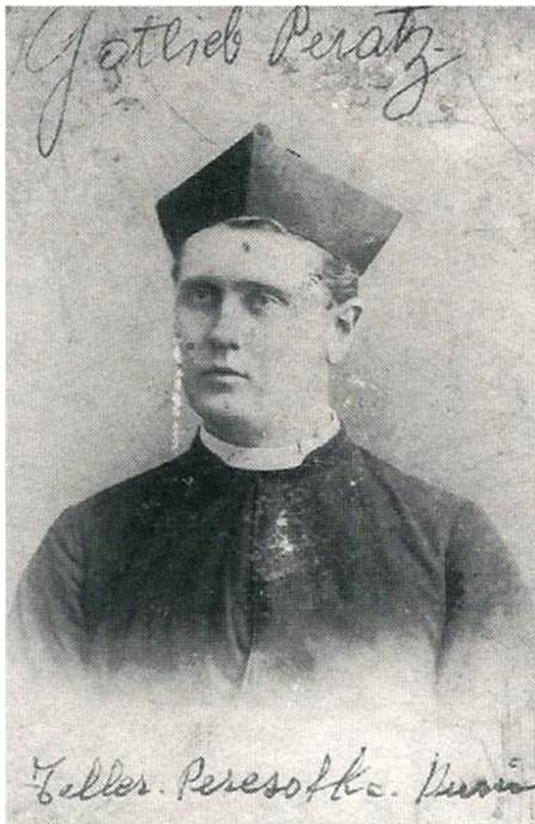
*Die mehrstöckige Mühle des Emmanuel Borell in Hussenbach (Linewe), die auch nach über einem Jahrhundert (Baujahr 1897) noch in Betrieb ist, 2006*

Die wolgadeutschen Bauern erlebten zu Beginn des 20. Jahrhunderts einen starken wirtschaftlichen und sozialen Wandel, u.a. eine Folge der Stolypinschen Agrarreform, die zur Auflösung der alten Haftungsgemeinde führte und den Übergang zu einem persönlichen Landbesitz einleitete. Die Gemeinden wurden gleichzeitig mit wachsender Überbevölkerung konfrontiert, mit massiver Abwanderung nach Sibirien, in den Kaukasus und vor allem in die USA. Die akademisch gebildete und zweisprachig (deutsch und russisch) sozialisierte Jugend sowie eine rasch wachsende Anzahl von Absolventen mittlerer bzw. Fachschulen machten sich mit den demokratischen und nationalen Aspirationen bekannt.

Die neuen politischen und sprachlich-kulturellen Möglichkeiten nach der ersten russischen Revolution 1905-07 führten bei der wolgadeutschen Intelligenz – ähnlich wie bei anderen russländischen Völkern– zu vielfältigen Aktivitäten nicht nur in publizistischen, heimatgeschichtlichen, literarischen oder bildungspolitischen Bereichen, sondern äußerten sich auch in der Gründung von zahlreichen Bildungs-, Landwirtschafts- und Wohltätigkeitsvereinen. Mit der Herausgabe der "Deutschen Volkszeitung" im Jahr 1906, die alle gesellschaftlichen Bereiche thematisierte, verschaffte sich die nationale Intelligenz ein einschlägiges publizistisches Organ.

Mehrere Heimatforscher begannen, mit fundierten Beiträgen nicht nur hier, sondern auch in anderen deutsch- und russischsprachigen Presseorganen oder mit Einzelpublikationen hervortreten, und legten damit im letzten Dezennium vor dem Ersten Weltkrieg den Grundstein der nationalen Historiografie. Besondere Verdienste erwarben sich die Pastoren Johannes Kufeld und Johannes Erbes, Pater Gottlieb Beratz, der Abgeordnete des ersten

russischen Parlaments, der Staatsduma, Jakob Dietz, der Journalist und der Literat Peter Sinner sowie der Lehrer Christopher Schaab, nur um einige Namen zu nennen.



*Pater Gottlieb Beratz und Pastor Johannes Erbes, noch als Student der angesehenen Dorpater Universität*

Vor allem die Vorbereitungen zum 150jährigen Jubiläum der Einwanderung der deutschen Siedler in das Wolgagebiet führten zu einer politischen und kulturellen Mobilisierung der einstigen Kolonisten. Es mangelte nicht an Vorschlägen, wie der Ankunft der ersten Siedler am besten zu gedenken sei: durch die Gründung eines Lehrerseminars oder einer Agrarschule, durch die Herausgabe einer Jubiläumsfestschrift und Eröffnung eines Volksmuseums etc. Leider blieben die meisten Jubiläumsvorhaben durch den im August 1914 ausgebrochenen Weltkrieg unverwirklicht.

Das bereits entstandene Zusammengehörigkeitsgefühl der deutschen Siedler an der Wolga führte nach der Absetzung des Zaren Anfang 1917 und dem Übergang zur parlamentarischen Demokratie zur Bildung nationaler Vertretungsorganisationen. Im April dieses Jahres fand etwa die Versammlung der 364 Kreisbevollmächtigten der Wolgakolonien in Saratow statt. In den Beschlüssen bestätigten die Delegierten ihre Unterstützung der provisorischen Regierung, forderten – ähnlich den anderen nichtrussischen Völkern – uneingeschränkten Gebrauch der Muttersprache im Presse- und Bildungswesen, sowie Religions- und Gewissensfreiheit. Der Kongress beschloss, einen ständigen Ausschuss, das „Zentralkomitee der deutschen Wolgakolonisten“, zu bilden.

## Die Zwischenkriegszeit 1917 – 1941

Die im November 1917 an die Macht gekommenen Bolschewiki verfolgten einen ganz neuen, radikalen Gesellschaftsentwurf: die Macht sollte der Diktatur des Proletariats und seiner Vorhut – der kommunistischen Partei – gehören. Man strebte die Aufhebung des Privateigentums, die Sozialisierung von Grund und Boden und die Trennung von Staat und Kirche an.

In einem Vielvölkerreich spielte die nationale Frage stets eine zentrale Rolle. Die Loyalität und Unterstützung der zahlreichen Völker des einstigen Zarenreiches sollten durch vollmundige Versprechungen gesichert werden. In der „Deklaration der Rechte der Völker Russlands“ vom 15. November 1917, wurde ihnen das Recht auf freie Selbstbestimmung und sprachlich-kulturelle Entfaltung versprochen.

Das fand unter den Wolgadeutschen eine gewisse Zustimmung. Sie wurden von den neuen Machthabern ausdrücklich als ein genuin eigenständiges russländisches Volk anerkannt, ähnlich wie zahlreiche andere russische Ethnien, etwa die Wolgatataren oder die Anfang des 17. Jh. in das Gebiet der unteren Wolga eingewanderten Kalmücker, denen das Recht auf eine nationale sprachlich-kulturelle Entwicklung und die Schaffung einer eigenen Territorialautonomie zustand. In der Resolution des X. Kongresses der Russländischen Kommunistischen Partei (Bolschewiki) –RKP (B) im März 1921 „Über die nächsten Aufgaben der Partei in der nationalen Frage“ hieß es entsprechend:

*Die Bevölkerungszahl der RSFSR und der mit ihr verbundenen unabhängigen sowjetischen Republiken beträgt ungefähr 140 Millionen, fast 65 Millionen davon sind Ukrainer, Weißrussen, Kirgisen, Usbeken, Turkmenen, Tadschiken, Aserbeidschaner, Wolgabulgaren, Krimtataren, Baschkiren, Armenier, Tschetschenen, Kabardiner, Osseten, Tscherkessen, Inguschen, Karatschaier, Balkaren, Kalmücker, Karelier, Awaren, Darginer, Kazi-Kumuchen, Küriner, Kumyken, Mari, Tschuwaschen, Wolgadeutsche [Hervorhebung d. Verf.], Burjaten, Jakuten u. a. Die Zarenpolitik in Bezug auf diese Völker bestand darin, die Anfänge jeder Staatlichkeit zu vernichten, ihre Kultur und Sprachen zu verstümmeln, sie in Unwissenheit zu halten und letzten Endes zu russifizieren.*

Für die praktische Durchführung der Nationalitätenpolitik wurde bereits am zweiten Tag der Machtergreifung, am 26. Oktober (8. November) 1917, eine eigens dafür bestimmte Behörde gebildet, das Volkskommissariat für Nationalitätenfragen (auch: Nationalitätenangelegenheiten) mit Josef Stalin an der Spitze. Ende April 1918 kam es, in Anlehnung an die bereits existierenden nationalen Kommissariate, zur Gründung eines gesonderten „Kommissariats für deutsche Angelegenheiten im Wolgagebiet“, dem der spätere Regierende Bürgermeister von Berlin, Ernst Reuter, vorstand. Das war die Reaktion auf die Forderungen der nach Moskau geschickten wolgadeutschen Delegationen.

Kein geringerer als Stalin unterstützte als Volkskommissar für Nationalitätenfragen maßgeblich diese Bestrebungen zur Gründung eines nationalen deutschen Gebiets. Er stand deshalb – so seltsam es im Nachhinein auch klingen mag – an der Wiege der wolgadeutschen Territorialautonomie.

Schließlich unterschrieb Wladimir Iljitsch Lenin als Regierungschef am 19. Oktober 1918 das Dekret über die Gründung des Autonomen Gebiets (der Arbeiterkommune), das Anfang 1924 zu der Autonomen Sozialistischen Sowjetrepublik der Wolgadeutschen (ASSRdWD) aufgewertet wurde. Leider konnten sie, wie auch andere Völker und Völkerschaften des einstigen Russischen Reiches, nur auf sozialistisch-proletarischer Grundlage ihre Autonomie erhalten.

Die Mehrheit der Kolonisten indes stand den politischen und gesellschaftlichen Zielen der bolschewistischen Partei skeptisch bis ablehnend gegenüber, umso mehr, als die rücksichtslosen Lebensmitteleintreibungen zu einer beispiellosen Hungerkatastrophe 1921-22 führte. Allein unter den Wolgadeutschen waren bis zu 100 000 Opfer zu beklagen.



*Elternlose Kinder im hungernden Marxstadt, dem Zentrum des Wolgadeutschen Gebiets, 1921*

Auf Hungersnot, Bürgerkrieg und Repressalien ist das demographische Einknicken zurückzuführen, ungeachtet der Tatsache, dass die Gebürtigkeit unter den Wolgadeutschen in der Zwischenkriegszeit eine der höchsten in der ganzen Sowjetunion war. Der Unmut und die Ablehnung äußerten sich, ähnlich wie bei russischen oder ukrainischen Bauern, unter anderem in zahlreichen bewaffneten Aufständen.

Die ASSRdWD umfasste zuletzt eine Fläche von 28.400 km<sup>2</sup>, gegliedert in 22 Kantone, d.h. Landkreise (Stand 1941). Pokrowsk (1931 in Engels umbenannt), eine mehrheitlich russisch-ukrainische Stadt, wurde seit 1922 zum Regierungssitz.

Bei aller Gleichschaltung und Unterordnung in rechtlichen, politischen, wirtschaftlichen oder kulturellen Fragen gegenüber den zentralen Partei- und Staatsstellen, dürfe die Bedeutung einer national-territorialen Autonomie im Sowjetstaat für die betreffende Nationalität nicht übersehen werden. Seit 1924 fungierte das Deutsche in der Wolgadeutschen Republik neben dem Russischen als Amtssprache. Es kam zum Aufbau deutschsprachiger Bildungsanstalten,

inklusive eines Deutschen Staatlichen Pädagogischen Instituts, zu Verbreitung deutschsprachiger Printmedien auf der Republik- und Kantonebene, zur Gründung eines Zentralmuseums und einer Zentralbibliothek in Pokrowsk/Engels, zur Eröffnung eines Deutschen Staatstheaters sowie anderer kultureller Institutionen.

Nicht zuletzt wurde der Nationalkader durch vielfältige Bildungsangebote und die Ernennung in Führungspositionen aktiv gefördert. Deshalb stieß die sozialistische Gesellschaftsordnung etwa bei vielen Jugendlichen, die von den Bildungs- und Aufstiegschancen profitieren konnten, auf deutliche Zustimmung.

Eine ständige Präsenz der Wolgarepublik in den zentralen russischsprachigen Massenmedien sendete dem Partei- und Staatsapparat sowie der gesamten Sowjetbevölkerung eine klare Botschaft: Die Deutschen sind anderen Nationalitäten gleichberechtigt. Neben der gesetzlich festgeschriebenen politischen Vertretung schuf die territoriale Autonomie feste Rahmenbedingungen für sprachliche, soziokulturelle und intellektuelle Entwicklungsperspektiven der Titularnationalität. Diese sprachlich-kulturelle und Bildungsmöglichkeiten kamen auch den Deutschen aus anderen Regionen zugute.



Zweisprachiger Ausweis des Studenten des Deutschen Staatlichen Pädagogischen Instituts in Engels, Johann Zimmermann, 1935

Gleichzeitig erschienen in der Republik erste wissenschaftliche Untersuchungen zur nationalen Geschichte, Volkskunde und Dialektologie. Die Schriftsteller Franz Bach (1885–1942), Gerhard Sawatzky (1901–1944) und Andreas Saks (1903–1983), der Musiker und Komponist Gottfried Schmieder (1902–1965), die Maler Jakob Weber (1870–1958) und



Wilhelm Michaelis (1912–nach 1990) waren wichtige Vertreter der im Entstehen begriffenen nationalen Literatur und Kunst.

Ende der 1920er Jahre entbrannte sogar eine breite Diskussion über die Reform der deutschen Rechtschreibung.

## Müssen und können wir die Deutsche Rechtschreibung vereinfachen?

„Das Sprechen entscheidet, der Mund ist der Richter, nicht die Feder.“  
E. Engel. Gutes Deutsch.

Ein auf dem ersten Blick sonderbarer Zustand herrscht in der Wolgadeutschen Republik: man lernt lieber und rascher russisch schreiben als deutsch. Der Grund: die deutsche Rechtschreibung ist im Vergleich mit der russischen kolossal schwierig: außer der recht unbegrenzten Groß- und Kleinschreibung von Wörtern, der beibehaltenen fremdländischen Rechtschreibung der Fremdwörter und sogar von Fremdwörtern abgeleiteter Wörter, gibt es noch die schwere Menge von Wörtern, die nicht so geschrieben werden wie man sie ausspricht, deren Rechtschreibung sich nicht an bestimmte Regeln hält und mit denen man sein Gedächtnis überleben muß, wenn man einigermaßen richtig deutsch schreiben will. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß bei uns in der Wolgadeutschen Republik, wo man im Verkehr kein reines Deutsch hört und somit auch die grundlose für den richtigen Gebrauch der grammatikalischen Formen und dem richtigen Satzbau fehlen, richtigen (im Sinne der deutschen „amtlichen“ Rechtschreibung) Schriftdeutsch nur selten antrifft, sogar unter den gebildeten, die letzter nicht ausgenommen, die in russisch-aleuten Schulen erzogen wurden.

Sprache, deren Rechtschreibung nach der Revolution durchaus sonderlich umgebaut wurde, ohne indessen auch nur das geringste an Präzision und Verständlichkeit eingebüßt zu haben.

Wie weit könnten wir denn aber gehen mit der Vereinfachung der Rechtschreibung?

Vor allem muß dem Unwesen mit der Großschreibung der Hauptwörter ein Ende gemacht werden. Das können wir ohne weiteres tun, da diese Großschreibung ganz belanglos ist und weder zum besseren Verständnis, noch zu sonst einem Zweck beim Lesen dient. Die russische Rechtschreibung kennt die „unflute“ der Großschreibung der Hauptwörter nicht, ist aber deshalb nicht weniger verständlich. Nach unlerm Dafürhalten können ferner folgende Vereinfachungen in Betracht: Ersetzung der drei f-Gelichen (f, w, ph) durch eins, und zwar durch das einfache f; Ersetzung der drei s-Gelichen (s, z und h) durch ein s-Gelichen; Ausschaltung wenigstens eines von den beiden demnuss-Gelichen (h und das e nach l, womöglich des lautlosen h). Das Wegfallen des demnuss-h wird reichlich dadurch „kompensiert“ das die Präzision so mißlich durch

Exemplarisch hierzu der Beitrag des Parteijournalisten Paul Kufeld: „Müssen und können wir die deutsche Rechtschreibung vereinfachen?“, in: Nachrichten Nr. 219 vom 19. September 1928

Nicht nur die (reichs)deutschen Kommunisten, sondern auch viele linke Intellektuelle und später auch antifaschistische Emigranten sahen in der „ersten deutschen Sowjetrepublik“ (so im Beitrag „Zehn Jahre Wolgadeutsche Sowjetrepublik“, in: Rote Fahne (Berlin), Nr. 7 vom 9. Januar 1929) die Keimzelle eines künftigen Sowjet-Deutschland. Auf der Suche nach dem Gegenentwurf zur nationalsozialistischen Ideologie und Gewaltherrschaft verschlossen sie die Augen vor dem ähnlich verbrecherischen Wesen der stalinistischen Diktatur oder ließen sich gar für Propagandazwecke instrumentalisieren. Diese Blindheit, wenn nicht sogar

Komplizenschaft, spiegelt sich etwa in Erich Weinerts Gedicht „Rotes Deutsches Wolgaland“, in den utopischen Plänen von Erwin Piscator zur Gründung eines Kulturkombinats von Weltrang in Engels oder in Heinrich Manns Begeisterung für die „Demokratie der Wolgadeutschen“ ausgerechnet im Terrorjahr 1937 wider.

Neben der traditionellen Agrarwirtschaft mit dem Schwerpunkt Getreideproduktion entwickelte sich die Wolgarepublik zu einem der Zentren der Textilindustrie in der ganzen Sowjetunion. Neben den Weber- und Trikotagenfabriken in Balzer mit 1 377 bzw. 1 118 Arbeitern zählte die Spinnwollefabrik in der Arbeitersiedlung Krasny Tekstilschtschik mit 1 904 Beschäftigten zu den größten Industriebetrieben.

Wenn auch die Autonomie weder vor der zweiten Hungerkatastrophe 1932-33, die alleine in der Wolgarepublik mehr als 40 000 Tote forderte, noch vor Repressalien und dem Großen Terror der Jahre 1937-38 schützen konnte, so war immerhin die Verfolgungsintensität hier um einiges geringer als unter den Vertretern der deutschen Minderheit in der Ukraine oder im Nordkaukasus.

### **Nach 1941: der Bruch**

Die Liquidation der ASSR der Wolgadeutschen im August 1941 markierte den Übergang zu einer breitangelegten Verfolgung und Diskriminierung der gesamten sowjetdeutschen Bevölkerung. Aus der einstigen Republik und den benachbarten Gebieten wurden bis Ende September 1941 um die 440 000 Deutsche nach Sibirien und Kasachstan zwangsausgesiedelt, ihr gesamtes Hab und Gut restlos konfisziert, nationale Bildungs- und Kultureinrichtungen liquidiert, Objekte der geistigen und materiellen Kultur vernichtet oder zweckentfremdet.



*Verfallene Reste der kath. Kirche in Marienberg/Pestschanoje, Gebiet Saratow, 2008. Seit der Verbannung der Deutschen als Schafstall benutzt. 1931 zählte der Ort 2 100 Einwohner, zurzeit lediglich ca. 30*

Die staatliche Politik bestand ferner darin, die Erinnerung an die Einwanderer aus Westeuropa und die Existenz einer Autonomen Republik auszulöschen, deutsche geographische und Ortsnamen durch russische zu ersetzen. Gleichzeitig erfolgte ein sofortiges Verbot von populären Darstellungen, Verfilmungen, musealen Ausstellungen, wissenschaftlichen Erforschungen usw. über Geschichte und Gegenwart der Wolgadeutschen.

Weitere ca. 360 000 Deutsche wurden bis Ende 1941 aus der Krim, Teilen der Ukraine, aus dem Nord- und Transkaukasus, aus Moskau und anderen Großstädten deportiert; etwa 250 000, die bereits in Sibirien, v.a. im Altai, im Gebiet Omsk und in Nordkasachstan lebten, durften in ihren Wohnorten bleiben. In den Jahren 1941-46 mussten nicht weniger als 350 000 deutsche Frauen, Jugendliche und Männer – darunter Zehntausende Wolgadeutsche – in der sog. Trudarmija (Arbeitsarmee) Zwangsarbeit leisten. Mindestens 150 000 überlebten die Deportation und den Lagereinsatz nicht.

Ein Jahrzehnt nach dem Kriegsende blieben den Deutschen als Sondersiedler unter der Sonderkommandantur wichtige Rechte eines Sowjetbürgers vorenthalten. Erst der Erlass vom 13. Dezember 1955 hob das Sonderregime auf. Allerdings verbot er ausdrücklich die Rückkehr an die einstigen Heimatorte und schloss die Rückgabe des seinerzeit konfiszierten Vermögens aus. Die meisten Wolgadeutschen und ihre Nachkommen blieben in Sibirien, Ural und Zentralasien; nur einem winzigen Teil gelang es an die Wolga zurückzukehren (vgl. Tabelle 1).

Ungeachtet zahlreicher individueller und kollektiver Proteste seit Mitte der 1950er Jahre lehnte die sowjetische Partei- und Staatsführung eine vollständige und öffentliche Rehabilitierung, einschließlich ein Rücksiedlungsprogramm und die Wiederherstellung der (Wolga)Deutschen Autonomen Republik, entschieden ab. Das hatte für die Betroffenen weitgehend negative Folgen, weil in der UdSSR – wie auch gegenwärtig in der Russländischen Föderation (RF) – politische Interessenvertretung, lokale Selbstverwaltung und sprachlich-kulturelle Förderung einzelner Nationalitäten an das Vorhandensein einer territorialen Autonomie gebunden waren und auch heutzutage sind. Konkret bedeutete dies für die Deutschen in der UdSSR und aktuell in der RF eine gesellschaftliche Minderstellung, gravierende Benachteiligungen im sprachlich-kulturellen Bereich, fehlende Repräsentanz auf allen Ebenen der Macht und eine ausgebliebene materielle Entschädigung für das 1941 und später konfiszierte Vermögen.

Nicht oft genug hervorgehoben werden kann schließlich folgender Aspekt: Die Russlanddeutschen als so genannte Stellvertreter jener Nation, die gegen die Sowjetunion den verlustreichen Krieg entfesselt hat, leiden weiterhin moralisch und psychisch besonders schwer unter den Folgen des im heutigen Russland allgegenwärtigen Kultes um den „Großen Vaterländischen Krieg“ – so wird der deutsch-sowjetischer Krieg 1941–1945 genannt. Umso mehr, als die ausgebliebene Wiederherstellung der deutschen Wolgarepublik nach wie vor als handfeste Bestätigung ihrer vermeintlichen Schuld und des Verrats gedeutet wird. Das alles schürt eine offene und latente Germanophobie und führt zur Verharmlosung der an den „sowjetischen Bürgern deutscher Nationalität“ begangenen Verbrechen. Bis heute gibt es in der Russländischen Föderation kein zentrales Mahnmal für die deutschen Opfer der Deportationen und Arbeitslager, kein nationales Museum und Dokumentationszentrum, kein wissenschaftliches Institut zur Erforschung der Geschichte und Kultur der Wolga- und insgesamt der Russlanddeutschen, keine einzige Gedenkstätte auf dem Gelände eines

ehemaligen Arbeitslagers. Um die einst zerstörten Friedhöfe kümmert sich niemand, weder die staatliche Verwaltung noch die hier seit 1941 dominierende russische Bevölkerung.



*Geschändeter Friedhof in dem einstigen Katharinenstadt, heute Marx, Gebiet Saratow (umgestülpter Grabstein mit der Inschrift: „Erbgräbnis der Familie David Seifert“)*

Im Schulunterricht wird die Verfolgung und Diskriminierung der „Sowjetbürger deutschen Nationalität“, so hat man sie in der Nachkriegszeit offiziell genannt, kaum thematisiert. Überhaupt fehlt dem historischen Gedächtnis der russischen Nation das Bewusstsein für das tragische Schicksal ihrer Mitbürger deutscher Herkunft.

Diesen Tatsachen muss die bundesdeutsche Aussiedlerpolitik gebührend Rechnung tragen, weil das kollektive Kriegsfolgenschicksal nach wie vor auf den Russlanddeutschen in der RF und in anderen Ländern der GUS lastet. Das fordert die nationale Verantwortung, welche die Bundesrepublik Deutschland nach der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges u.a. für das schwere Schicksal der deutschen Minderheit in der UdSSR übernommen hat, die bis heute unter den Folgen des nicht von ihr verursachten Krieges leidet.

Ihre historischen Erlebnisse und ihre Erinnerungskultur spielen leider auch in Deutschland in öffentlichen Diskursen kaum eine Rolle oder werden schlichtweg ignoriert. Ihre mehr als 70 Jahre dauernden Diktaturerfahrungen, die Dimensionen der kommunistischen Massenverbrechen in der Sowjetunion, u.a. am Beispiel der deutschen Minderheit, werden in der Schule, in den Medien oder in gesellschaftlichen Debatten praktisch nicht thematisiert. Die einzige wissenschaftliche Institution, die sich in den 1990ern mit den Wolgadeutschen und der Wolgarepublik systematisch beschäftigte, wird seit zwanzig Jahren nicht mehr finanziert: Es handelte sich um die Forschungsstelle für Geschichte und Kultur der Deutschen in Russland an der Universität Heidelberg, obwohl die überwiegende Mehrheit der einstigen Wolgadeutschen und ihrer Nachkommen bereits in der Bundesrepublik wohnhaft sind. Schätzungsweise handelt es sich um nicht weniger als eine Million Menschen.

So viel Desinteresse und Ignoranz sind auch mit ein Grund dafür, weshalb sich unter den russlanddeutschen Bundesbürgern eine erhebliche Skepsis gegenüber staatlichen Institutionen und gesellschaftlichen Entwicklungen beobachten lässt.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.